

Privatisierung – Aktivierung – Eigenverantwortung: Zukunftsperspektiven für die Sozialpolitik?

Ute Klammer/Gerhard Bäcker

Der Umbau des Sozialstaates hat sich beschleunigt und qualitativ neue Dimensionen angenommen. Noch sind die langfristigen Auswirkungen der Reformgesetze im Bereich der Alterssicherung und Gesundheitspolitik nicht abzusehen. Und die fundamentale Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik durch die Hartz-Gesetze ist teilweise noch nicht einmal in Kraft getreten. Doch schon wird heftig über noch weiterreichende Schritte gestritten. Insgesamt zielen die Maßnahmen auf eine Privatisierung und Vermarktung von Sicherungseinrichtungen sowie auf eine stärkere private Übernahme sozialer Risiken. Aktivierung und Eigenverantwortung heißen die Schlagworte.

In dem vorliegenden Schwerpunktheft untersuchen die Autorinnen und Autoren Rhetorik und Realität von „Privatisierung“, „Aktivierung“ und „Eigenverantwortung“, gehen der Frage nach den Auswirkungen der Um- und Abbaustrategien nach und loten aus, wo die Möglichkeiten und Grenzen dieser Politikansätze liegen. Das Heft vereint grundsätzliche Überlegungen zur Neugestaltung sozialer Sicherung mit detaillierten Bestandsaufnahmen in den einzelnen Sozialpolitikbereichen.

Hans-Jürgen Urban umreißt das Themenfeld in einem kritischen Grundsatzartikel. Er analysiert den neusozialdemokratischen Strategieentwurf des „Dritten Weges“ und arbeitet heraus, dass es um eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen dem Staat und den BürgerInnen geht, bei der die Rechte der Letzteren beschnitten und ihnen mehr Pflichten zugewiesen werden. Dass dies nicht der einzig mögliche Entwicklungsweg ist, zeigt Urban, indem er als Alternativoption eine auf Engagement und Partizipation basierende „Wohlfahrtsgesellschaft“ skizziert. Irene Becker geht der Frage nach, ob überhaupt die gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, die soziale Sicherung stärker auf Eigenverantwortung und private Übernahme sozialer Risiken zu gründen. Sie kommt nach der Auswertung von Daten zur Verteilung von Bildung, Einkommen und Vermögen zu dem Schluss, dass von gleichen Chancen und damit von vergleichbaren Möglichkeiten, Eigenverantwortung zu übernehmen, nicht die Rede sein kann.

Gerhard Bäcker und Thomas Ebert setzen sich mit den Zukunftsperspektiven der Sozialversicherung auseinander und kommen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Bäcker analysiert die Zielrichtungen und Auswirkungen der auf den Ausbau der privaten Vorsorge zielenden Alterssicherungspolitik. Er kritisiert, dass sich die Beitragssatzstabilität zum ausschließlichen Kriterium der Rentenversicherungspolitik entwickelt hat, mit der Folge eines drastisch sinkenden Rentenniveaus und einer absehbaren Ausdifferenzierung der Einkommens- und Lebenslagen im Alter. Eine zukunftssichernde Weiterentwicklung des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung sei aber durchaus möglich. Ebert betont, dass eine grundsätzliche Umgestaltung des sozialen Sicherungssystems wegen der gesunkenen Akzeptanz für die existierenden Solidarsysteme unerlässlich sei. Er

plädiert dafür, die Risikovorsorge stärker der privaten Vorsorge zu übertragen, gleichzeitig aber innerhalb der auf Basisleistungen zu konzentrierenden Kollektivsysteme die interpersonelle Umverteilung auszubauen.

Dass eine Vermarktlichung im Sinne einer Stärkung von Wettbewerb auf den Anbietermärkten auch Potenziale für die Weiterentwicklung von Sozialpolitik haben kann, ist die Botschaft des Beitrags von Frank Nullmeier. Der Autor untersucht unterschiedliche Formen von Vermarktlichung und ihre Auswirkungen.

Die Tendenz zur Privatisierung zeigt sich insbesondere im Gesundheits- und Krankenversicherungssystem. Thomas Gerlinger untersucht die Auswirkungen des GKV-Modernisierungsgesetzes und problematisiert die Entwicklungen im Bereich der Gesundheits-sicherung, wo die Vertragsbeziehungen liberalisiert werden, während gleichzeitig staatliche und korporatistische Regulierungsformen weiter bestehen. Es drohen für die Versicherten Verschlechterungen der Versorgungsqualität und Begrenzungen des Zugangs zu Gesundheitsleistungen.

Den aktuellen Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik ist der Beitrag von Silke Bothfeld, Sigrid Gronbach und Kai Seibel gewidmet. Im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Reformen (Hartz-Gesetze) spielen Aktivierung und Eigenverantwortung eine zentrale Rolle. Aber werden die Betroffenen tatsächlich in die Lage versetzt, Eigenverantwortung zu übernehmen? Die Untersuchung von vier unterschiedlichen Bereichen – Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, berufliche Weiterbildung, Beratung und Vermittlung und Reziprozität – kommt zu dem Ergebnis, dass von einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten nicht die Rede sein kann.

Der Beitrag von Ute Klammer und Simone Leiber weitet die Analyse der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen auf den Bereich der Europäischen Union aus. Wie deutlich wird, hebt die Europäische Beschäftigungsstrategie zwar stark auf Aktivierung ab, betont jedoch Aspekte des „Förderns“ wesentlich stärker als Sanktionen, Leistungskürzungen und andere Elemente des „Forderns“. Da sich Deutschland hier unter den alten EU-Ländern eher als „Latecomer“ erweist, könnte von den Erfahrungen anderer Länder profitiert werden. Allerdings gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen von Aktivierung, sodass eine Zukunftsaufgabe darin liegt, eine normative Diskussion über „angemessene“ Formen von Aktivierung im Rahmen des europäischen Sozialmodells zu führen.

Dr. Ute Klammer, Referatsleiterin für Sozialpolitik im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: ute-klammer@boeckler.de

Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Universität Duisburg-Essen.

e-mail: baecker@uni-duisburg.de